

Plenarprotokoll

116. Sitzung

Freitag, 11. März 2016

Gemeinsame Beratung

a) Berichts Antrag - Jahr der Integration 9643

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/3936

„Berichts Antrag - Jahr der Integration“

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3900/drucksache-18-3936.pdf>

b) Bericht der Landesregierung zum Antrag „Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein“ und zum Antrag „Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Landesregierung über die Umsetzung des Flüchtlingspaktes“ 9643

Bericht der Landesregierung

Drucksache 18/3906

„Bericht der Landesregierung zum Antrag „Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein“ vom 25.09.2013 – Drucksache 18/1142(neu) sowie zum Antrag „Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Landesregierung über die Umsetzung des Flüchtlingspaktes“ - Drucksache 18/3003“

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3900/drucksache-18-3906.pdf>

Angelika Beer [PIRATEN] 9653, 9665

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat die Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]: 9653

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir zunächst eine Vorbemerkung. Wir haben in einer wichtigen Debatte verschiedene Unterlagen zur Diskussion. Liebe Frau Kollegin von Kalben, Sie müssen es uns schon überlassen, zu welchen Punkten der Drucksachen wir reden. Wir haben hier das freie Wort im Parlament.

Zunächst möchte ich mich für die Rede des Herrn Innenministers Studt bedanken. Ich bedanke mich nicht für den gesamten Bericht, warum, werde ich auch gleich erklären. Aber ich denke, nach den ersten Anfangsschwierigkeiten, gerade was Integration betrifft, und Integration gleichzeitig anzupacken, obwohl man noch nicht einmal weiß, wie man die Flüchtlinge unterbringen kann, stehen wir in der Tat vor einem Problem. Ich glaube, dass die Landesregierung und Innenminister Studt nach den ersten Stolpereien wirklich viel erreicht haben. Deshalb werden sie auch weiterhin unsere Unterstützung haben.

Ich bedanke mich auch bei allen Ehrenamtlern, NGOs und allen anderen, die diese Integration wollen. Ich glaube, insoweit gibt es auch keine Unterschiede. Das muss das Kernanliegen nicht nur für dieses Jahr sein, sondern das wird uns die nächsten Jahre und Jahrzehnte beschäftigen. Und das ist gut so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie, Herr Studt, einen Bogen um die politischen Fettnäpfchen in Ihrem Bericht machen, das verstehe ich durchaus. Aber von Ihnen, Herr Stegner, von Ihnen hätte ich schon erwartet, dass Sie die Offenheit und Courage gehabt hätten, zu dem Stellung zu nehmen, was in dem Bericht steht. Denn wir wollen ja nicht nur darüber diskutieren, was beschlossen ist, sondern ich verstehe uns auch als Frühwarninstrument. Insoweit hat die Kollegin Astrid Damerow zu Recht die **Asylpakete III und IV** angesprochen, die in diesem Bericht skizziert worden sind. Die Öffentlichkeit wäre wirklich gut beraten, diese Drucksache zu lesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage, dass wir schwerpunktmäßig zu diesen Asylpaketen sprechen müssten, nachdem die Asylpakete I und II mehr oder weniger mit politischen Mehrheiten, aber auch gegen unseren Widerstand umgesetzt worden sind. Nun also sind die Asylpakete III und IV in Vorbereitung, obwohl bisherige Vereinbarungen noch gar nicht umgesetzt und auf ihre Wirksamkeit hin geprüft werden konnten.

Ich appelliere an alle, diese Drucksache wirklich zu lesen, an alle, die sich für Menschenrechte und die Wahrung von Demokratie, aber auch Freiheit in unserem Land einsetzen.

Die Landesregierung wird sich in der Sitzung des **Bundesrates** am 18. März 2016 bei der Abstimmung über die Ausweitung der Zahl der **sicheren Herkunftsstaaten** der Stimme enthalten. Darüber haben wir bereits beim letzten Mal diskutiert. Herr Albig möchte zustimmen, Teile der Koalitionsfraktionen möchten aber dagegen stimmen. Insofern kommt kein klares politisches Nein gegen diese Ausweitung aus Schleswig-Holstein, sondern eine Enthaltung. - Das ist bedauerlich. Das ist aber ein Grund, jetzt nach vorn zu schauen was denn eigentlich geplant ist.

Ich muss sagen, dass dieser Ausblick in Ihrem Bericht, Herr Studt, auf Asylpakt III und IV wirklich gruselig ist. Wir haben uns hier im Landtag gemeinsam entschieden für die Aufhebung der **Residenzpflicht** eingesetzt. Dass im Asylpaket III, wie die Landesregierung berichtet, über die Schaffung eines **Wohnortzuweisungsgesetzes** diskutiert wird, was nichts anderes ist als die Wiedereinführung der Residenzpflicht durch die Hintertür mit einem anderen Vokabular, ist für uns nicht hinnehmbar. Wir erwarten, dass sich die Landesregierung klar und rechtzeitig dagegen stellt und sich gemeinsam mit uns für Bewegungsfreiheit aller, die in unserem Land leben, einsetzt.

Dass die **Bundesregierung** in Zukunft per **Erlass** und somit ohne parlamentarische Kontrolle über die **Sicherheit in den Herkunftsländern** entscheiden will, lehnen wir PIRATEN ganz entschieden ab. Wir fordern, dass sich die Landesregierung entschieden gegen solche Pläne ausspricht, aber nicht erst, wenn am Runden Tisch verhandelt wird, sondern von vornherein. Das ist ein No-Go. Das ist politisch und demokratisch nicht zu legitimieren.

Es kann nicht sein, dass wir der Bundesregierung zugestehen, über die Zukunft der Flüchtlinge im stillen Kämmerlein und ohne jegliche parlamentarische Kontrolle zu beraten und zu entscheiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir PIRATEN treten seit unserer Gründung entschieden für Freiheit ein. Vor allen Dingen wollen wir nicht zulassen, dass fortschreitend Einschnitte in unsere Bürger- und Freiheitsrechte unter irgendwelchen Vorwänden stattfinden.

Das ist nicht nur unser Herzensanliegen, sondern das ist ein Grund für die Gründung dieser Partei gewesen. Dafür streiten wir tagtäglich.

Bisher mussten wir erleben, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus als Legitimation für die **Abschaffung von Bürgerrechten** herhalten musste. Wenn man dem Bericht der Landesregierung glauben darf, sind es inzwischen die Asylbewerber und Flüchtlinge, die hierfür instrumentalisiert werden. Ich zitiere aus dem Bericht der Landesregierung, die uns einen Ausblick auf den Asylpakt IV gestattet:

„... Einführung von verdachtsunabhängigen Personenkontrollen ...“

- Kollegen, das ist die Schleierfahndung.

„Verstärkter Einsatz von Videokameras ... im Umfeld von Bahnhöfen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln ...“

Weiter heißt es im Bericht der Landesregierung:

„Verschärfung des Strafrechts bezüglich der Gewalt gegen Polizeibeamte.“

Außerdem wird eine Verschärfung des Sexualstrafrechts angekündigt. Das sind nur vier von zehn Punkten, die sich gegen unsere Freiheit insgesamt richten. Das hat nichts mit Asyl und auch nichts mit Integration zu tun, sondern das hat etwas zu tun mit der Abschaffung unserer bürgerlichen Rechte.

Das betrifft alle Menschen, aber nicht nur diejenigen, die zu uns kommen und unsere Hilfe suchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, solche Forderungen auf Kosten der Flüchtlinge spielen doch nur Parteien wie der AfD und der NPD in die Hände.

Dieses Eckpunktepapier ist eine politische Steilvorlage für Demagogen, Rechtspopulisten und Rechtsextremisten. Insofern muss das vom Tisch. Ich erwarte, dass eine Landesregierung, die das politisch unkommentiert zu einer Drucksache und zum Gegenstand einer Debatte macht, auch die Courage hat, zu sagen: Da machen wir nicht mit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Integration ist wichtig und richtig. Wer aber zulässt, dass Integration als Deckmantel für weitreichende Strafverschärfungen und Eingriffe in unsere Bürgerrechte dient, der hat seinen politischen Auftrag – jedenfalls den der Wählerinnen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - nicht ernst genommen oder einfach ignoriert.

Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 18/3936 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden 9643

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 18/3935 mit der Berichterstattung der Ministerin seine Erledigung gefunden hat.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Angelika Beer von der Piratenfraktion.

Angelika Beer [PIRATEN]: 9665

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe langsam Zweifel, ob der Kollege Stegner die **Drucksache 18/3906** überhaupt gelesen hat.

Wenn Sie meine Bezugnahme darauf als unterirdisch bezeichnen, möchte ich Ihnen sagen, was wir unter unterirdisch verstehen.

Dort steht auf Seite 12:

„Zum sogenannten Asylpaket III liegt noch kein konkreter Gesetzentwurf vor. Es ist bislang nur die Absicht bekannt, einen Artikel für die Schaffung eines Wohnortzuweisungsgesetzes ... einzubringen.“

Ich fordere Sie an dieser Stelle auf, dem Parlament diesen nicht konkreten **Gesetzentwurf** vorzulegen und in der nächsten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses zu diskutieren.

Auf Seite 13 heißt es zum Asylpaket IV:

„Zum sogenannten Asylpaket IV liegt bislang lediglich ein Eckpunktepapier vor.“

Dann kommen die ganzen Einschränkungen der bürgerlichen Grundrechte. Freiheitlich-demokratische Grundordnung, Herr Kubicki, da müssten Sie ganz bei mir sein.

Deswegen fordere ich Sie auf: Legen Sie dem Innen- und Rechtsausschuss zur nächsten Sitzung dieses **Eckpunktepapier** vor!

Wir werden nicht aufhören, dies zu thematisieren. Nur weil Sie in der Koalition Zwist haben, ob Sie die Zahl der sicheren Herkunftsländer ausweiten wollen, und - auf Deutsch gesagt - Schiss haben, über die weiteren Pakete zu sprechen, lassen wir uns unsere Freiheiten hier durch Sie nicht einschränken.

Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 18/3906 an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung 9666

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag zu

a), Drucksache 18/3936, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Es ist beantragt worden, dass der Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/3906, **dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung**

überwiesen werden soll. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Innenminister Studt: Flüchtlingspakt hat sich bewährt

http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/41/debatten/18_40.html

Angelika Beer (Piraten) wandte sich gegen weitere, von der Bundesregierung geplante Veränderungen im Asylrecht. Sie kritisierte insbesondere die Residenzpflicht und den Erlass im Bereich der sicheren Herkunftsländer. Diesen Plänen müsse die Landesregierung entschieden entgegenreten.

Der Flüchtlingsbericht wurde zur Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.